

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger: Treden
Nr. 1205.

Ausgabezeit: zweimallich Pringerlohn monatlich 6,00 M., durch die Post
monatlich 14,50 M., unter Aufzähldung der Deutschland monatlich
8,50 M. Einzelnummer 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Bonifacius:
Geb. Arnold, Dresden

Schriftleitung: Zeitungspalz 10. Tel. 25201.
Schriftstelle nur wochentlich von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Zeitungspalz 10. Tel. 25201.
Geschäftsstelle von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Ausgabenpreis: die 9 geplante Sonntagszeitung 2,00 M. Familienangelegenheiten 1,50 M., die 9 geplante Wochenzettel 0,50 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Vermehrung. Ausgaben sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Abnahme an bestimmten Tagen. Für Briefeüberlegung 10 Pf.

Nr. 90

Dresden, Dienstag den 19. April 1921

32. Jahrg.

Auf dem Wege zum 1. Mai

Der 1. Mai wird dieses Jahr ein fröhlicher Tag sein. Nach wie vor scheint es noch ganz sicher zu schließen. Im Schatten Voincarts steht er eine Straße gegenüber Deutschland, die Deutschland wohl verhindern kann, aber weder Herzen noch Hände öffnet. Doch ist das heile Frankreich noch nicht völlig mundtot, und bald — vielleicht am 1. Mai — wird der Vorsitzender dieses anderen Frankreichs wieder einmal seine Stimme erheben. Der kommende Name Frankreich wird über seine Gefangenenschaft frechen und die tollwütigen Madhaber an den Pranger stellen. Die deutsche Sozialdemokratie wird es sich nicht nehmen lassen, dafür zu sorgen, daß die Fanfare Caisse in Deutschland gehört wird.

Stimmen der Vernunft sind da. Sie werden zahlreicher und härter werden. Während des Krieges war die Zeit gegen Deutschland, heute ist sie auf der Seite der Verfolgten. Man wird im Leben um so schneller lernen, je mehr auch im Leben Einkehr und Ruhe vorwärtsstreiten. Lenin ist unter die Erde gegangen. Er verbrennt die Mythenbilder und Dogmen, an die die kommunistischen Röderländer in Deutschland heute noch glauben. Auf dem 10. Kommunistischen Kongress erklärte er u. a.:

Die Kommunisten, die glauben, daß wir im Laufe von drei Jahren die Sozialstaatsordnung vollständig umstalten könnten, sind Utopisten; Jahrzehnte sind nötig, um das wirtschaftliche Gesellschaftsgebäude umzubauen. Diejenigen, die ihre Politik auf Betriebsgründen, müssen weichen. Einzelversetzen kann man natürlich.

So idyllisch die nächste Zukunft für Deutschland aussieht, es gibt doch Hoffnungen. Freilich kann Deutschland nicht die Hände in den Schoß legen und auf ein gutes Schicksal warten. Nicht die Zeit ist für Deutschland niederschickend, es ist seine eigene Unentschlossenheit kein lärmloser Feind. Mit Händen und Füßen sträubt sich das Bürgertum, zusammen mit der Sozialdemokratie in Preußen wie im Reich den neuen Weg, den einzigen Weg, zu gehen, der ins Paradies führt. Die Frage der bürgerlichen Regierungsbildung zeigt besser als irgendeine andre Frage das ganze deutsche Elend. Aber man wird sich mehr müssen über das Widerstreben des Judentums und der Demokratie, den Weg nach links zu gehen, wenn man in der Germania die nämlichen Bemerkungen zum 1. Mai liest und in der demokratischen Presse die Kritik über den englischen Streit verfolgt. Wenn der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund zur Rasseier austritt, dann erklärt ein Platz wie die Germania: "Wie ein nur halbwegs verhältniger deutscher Arbeiter heute noch an eine internationale Arbeitersolidarität glauben kann, das ist unbegreiflich".

Umgekehrt ist es: Wie ein nur halbwegs vernünftiger Mensch in Deutschland heute noch zweihand kann, daß nur die Arbeitersolidarität die Rettung ist, das ist unbegreiflich. Die Vergangenheit bei der Steigungsbildung in Preußen, der Willenswille, auf die Amsterdamer Gedanken einzugehen, dürften für die Sozialdemokratie eine gute Lehre sein. Die bürgerlichen Politiker wollen nicht glauben, daß nur ein Arbeitendeutschland Deutschlands Rettung ist. Sie werden die Wahrheit nicht verstehen, bis sie richtig in der Hölle sitzen.

Neue Verhandlungen im Bergarbeiterstreit

Eigene Drahtmeldung

London, 10. April. An Anfang der Bergarbeiterstreit nicht nach Einholung des Tages in der Überbrückung und Rahmenfrage mit wenig Vertrauen eingegangen. Wen jetzt, das durch die Abstimmung die Sache auf ein soles Gleich kommen wird und wer von der Regierung, sie müsse neue Verhandlungen in die Hand nehmen. Und wenn wirklich Lloyd George durch das Land zieht, gewann werden sollte, der an diesem Unwetter nicht unthalig ist, er kann nicht glauben, bis sie richtig in der Hölle sitzen.

London, 10. April. Wie die Blätter melden, ist eine neue Verhandlung im Kohlenkreis eingetreten durch die Fortsetzung der Aussicht vom Samstag, daß die Minenarbeiter in den Bergarbeiterstreit einzutreten werden sollen. Dieses Indizien ist den Blättern zufolge, wie man "Überzeugung" macht. Es ist die Presse und die Wacht und damit Gewalt über Gewalt. Und wenn wirklich Lloyd George durch das Land zieht, gewann werden sollte, der an diesem Unwetter nicht unthalig ist, er kann nicht glauben, bis sie richtig in der Hölle sitzen.

Wahlunruhen in Italien

Rom, 18. April. Die Wahlpräparanda hat in der Provinz der Lazio die Auszählung der Stimmen, die das Recht feierten, die das Recht erzielten. Vier Personen wurden getötet und einige verwundet. Die Legionen zerstörten die Hauptstadt der italienischen Bevölkerung. Am Campidoglio ist bei einem Aufmarsch zwischen Legionen und Demonstranten die Nationalflagge abgetragen. Als sie nach Rom zurückkehrten, so bei Vojano von Legionen angegriffen. Nachdem waren sie die Legionen in die Stadt eingeschlungen, durchsuchten und verbrannten.

Der Verbretter Holz

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 10. April. Der Bürgermeister von Hallenberg ist in Berlin eingetroffen, um, wie eine Angabe anderer Zeugen, im Berliner Polizeipräsidium Auslagen zu machen. Das Sondergericht in Berlin wird verantwortlich schon im nächsten Woche zusammenkommen, dort wird der Holz in Berlin nur für die Verbretter zu verantworten haben, die er noch dem 10. März bespannen hat. Seine Reaktionen, die er in Taschen versteckt hatte, werden vor einem ordentlichen Sachverständigen Bericht ihrer Zulässigkeit geben. Zwischen der Berliner und Dresdner Staatsanwaltschaft sind bereits darüber Verhandlungen im Gange.

Der Siegesstufen-Prozeß

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 10. April. In der heutigen Sitzung des Prozesses wegen des Siegesstufen-Prozesses gab Richter Prod eine Erklärung ab, die die Münzstätte des Metropolitans am 1. Mai im Gefängnis mit ihm zusammen zu verstecken habe. Holz erklärte mit, er habe sich in Berlin sehr zurückgehalten, er sei in München aufgewachsen und habe dabei zweitwohl gehabt. Er habe nur einen Zweck oder einen Absichter halten sollte. Die Behauptung, er habe er nur Unanne erkärt. Holz behauptet, an der Verhandlung in der Verhandlungsrath nicht teilgenommen zu haben. Wahrscheinlich ist Herrn mit falschen Vorwürfen ausgestochen. Domägenüber erklärte der Staatsanwalt: Es ist die Frage, ob Herrn und Holz nicht ein und dieselbe Person seien. Richter Arentz stellte Bezeugen ein und bestätigte dies. Die Verhandlung des Gerichts soll folgen. Hieran überreichte er zum Beweise dafür, daß Holz und Herrn zwei verschiedene Personen sind, dem Gerichtshof mehrere Urkunden.

Die Alliierten beraten

London, 18. April. Daily Telegraph meldet, daß zwischen Frankreich und seinen Alliierten ein Gedankenaustausch über die Frage weiterer Schlagsmäahnahmen im Gange sei. Lloyd George sagte im Unterhaus, Deutschland sei noch im Verzug bezüglich der Reparationsforderungen des Verfahrens gegen die Kriegsbeschuldigten und der Entwaffnung. Es habe bisher keine Neigung gezeigt, praktische Vorschläge zur Ausführung des Friedensvertrags in diesen Punkten vorzulegen. Es sei daher eine bilaterale Pläne der Alliierten, aber weitere Schritte eine Konferenz zu veranlassen. Es könnte sich als notwendig erweisen, die Unterwerfung unter die Bestimmungen des Friedensvertrags zu erzwingen.

Der Premierminister fügte hinzu, er könne nicht sagen, wann und wo eine solche Konferenz stattfinden werde. Die Regierung würde auf Grund der Annahme vorgehen, daß das britische Volk willst, den Vertrag von Versailles durchgeführt zu sehen. Falls das Unterhaus von einer andern Auffassung ausgehe, so könne, wenn es dies wünsche jederzeit eine Diskussion stattfinden.

Die gesetzlichen Sanktionen

Prag, 19. April. Der frühere Vizepräsident des tschechoslowakischen Außenministeriums in Berlin sprach sich über die wirtschaftliche Zukunft von Deutschland und der Tschechoslowakei folgendermaßen aus: Die wirtschaftlichen Vereinbarungen mit Deutschland sind die Produkte einer langen mühseligen Arbeit. Unsere Perlmuttkoralle, die Erzeuger des Gablonzer Porzes und viele andre Produkte seien deshalb der Zukunft mit Bangen entgegen. Ich möchte mir noch sagen, daß auch in deutschen Händen ungeldlich unsre endgültige Entscheidung in der Sanktionsfrage erwartet wird. Zu verschiedenen Punkten operationen haben wir von Deutschland wiederholt bedeutende Gelder erhalten. Wohin werden wir uns um Geld wenden, wenn wir von Deutschland gehen? In Frankreich und England herrscht ebenso fühlbarer Mangel an Umlaufgeld wie bei uns. Nur Deutschland ist in der Lage, zu helfen. Und wie wird es mit der Einführung oberschlesischer Kohle in die Tschechoslowakei werden? Die Industrie- und Handelsstraße in Frankreich sind von den Gedanken der Sanktionen kennzeichnet. Engeland wird vielleicht das einzige Land sein, das von dieser Maßnahme einen Gewinn haben wird. Es wird trotz seiner hohen Kosten billiger sein als Deutschland und wird dieses, wenngleich für eine gewisse Zeit, von den Märkten verdrängen. Aber auch dort wächst die Unzufriedenheit mit den Sanktionen immer mehr an.

London, 18. April. Daily News berichtet, daß Reparationsfonds mit seiner 50prozentigen Einführungslage dem englischen Handel einen so einen Schaden zu, daß die Förderung der englischen Handelswelt noch Aufhebung des Gesetzes oder einer Änderung seiner Durchführung jeden Tag wünscht.

Vorschläge des deutschen Friedensbundes

Vorwärts und Freiheit veröffentlichten Zeitungen über die Reparationsfrage, die der Allgemeine Deutsche Friedensbund der Reichsregierung unterbreitet hat. Es werden darin neue Anerkennungen über den Wiederaufbau Frankreichs gefordert, die von Deutschland der französischen Regierung sofort zu machen seien. Mittels einer großen internationalen Anteile soll die Finanzkammer Frankreichs und Belgien gelindert werden.

Frankreich gegen Bayern wegen Tirols

Wien, 18. April. Wie die Wiener Abendzeitung erzählt, hat die französische Regierung eine Note gerichtet, die der französische Gesandt in München übergeben hat und in der die französische Regierung Protest dagegen erhebt, daß Bayerns Umtriebe in Tirol verantwaltet hat und in den festgestellt wird, daß Bayern für die Anklahle-Vollstreckung in Tirol verantwortlich sei. In dieser Note wird weiter erläutert, daß Bayern die im Friedensvertrag von Versailles festgelegten Verpflichtungen, daß Deutschland nichts gegen die Integrität Österreichs unternehmen werde, nicht erfüllt habe, da die Volksabstimmung in Tirol auch die Verbindung dieses Landes von Österreich zur Hölle haben könnte. Die französische Regierung, die behauptet, im Besitz eines umfassenden Beweismaterials für die Schuld Bayerns sei, habe daher als Mitbürger für die Integrität und Unabhängigkeit Österreichs den katholischen Protestant gegen das Verhalten Bayerns erhoben und die bayerische Regierung auf die Folgen ihres Vorgehens aufmerksam gemacht.

Englands Stellung zur Anschlußfrage

London, 18. April. Die Blätter melden auf Wien, daß dem zu Ehren des neuerwählten in Wien weilenden amtsführenden